

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zwei Beirungsgebühren und in allen Rindern erhältlich

**Sammelt Pulver**  
für den Wahlkampf  
der KPD  
für Sieg der Liste 4

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Kugel / Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

6. Jahrgang Dresden, Montag den 18. August 1930 Nummer 191

## Die Dresdner Straßenbahner kampfbereit!

Einmündiger Beschluß für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, gegen jede Entlassung

Dresden, den 18. August.

Am Sonntag fand eine große Belegtagssammlung der Dresdner Straßenbahner Katt. Der Saal des Trionons war von einer vielhundertköpfigen Menge gefüllt.

In einem außerordentlich ärmlichen Referat des Betriebsratsvorsitzenden begründete dieser die Maßnahmen der Direktion in der Linie von Entlassungen. Als Ausweg wurde von ihm Kurzarbeit angedeutet.

Die Diskussion fand völlig im Zeichen der revolutionären Opposition, die den Antrag einbrachte, jede Entlassung abzulehnen und für die Erringung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich den Kampf aufzunehmen.

Christliche und reformistische Bürokraten versuchten vergeblich, die Opposition zum Schweigen zu bringen. Als alle Weichenstellungen in der Redeseite und die Schamlosigkeit des christlichen Sozialdemokraten nicht vermochten, die sich herausbildende Einheitlichkeit der Straßenbahner zu zerstören, versuchte man es mit einer unerhörten Provokation. Der zu diesem Zweck von Leipzig herbeigekommene christliche Bezirksleiter Kooß erklärte:

**„Was diese Verammlung beschließt, ist nicht maßgebend. Es gehtreift werden soll oder nicht, das bestimmt allein die Gewerkschaft!“**

Wen den Straßenbahner, die immer wieder durch den Verrat der christlichen und reformistischen Bürokratie betrogen worden sind, wurde diese Frechheit mit stürmischer Entrüstung beantwortet. Unter den sich heigenden Ruf: „Abtreten!“ mußte Kooß schließlich verschwinden, nachdem er noch die „Kühnheit“ loben hatte, sich zum Saale aus zum Rederpult zu begeben. Zum reformistischen Arbeiterratsvorsitzenden Weber und zum reformistischen Angehörigen Langer wurde alles verflucht, dem Vandalentum. Gehör zu verweigern.

Schließlich verurteilte die christlich-reformistische Verammlung durch plumpe Täuschungsmanöver bei der Abstimmung der vorliegenden Anträge den Einfluß der Opposition und den Kampfwillen der verammelten Arbeiterklasse zu verkleinern. Bürokrat Langer, der sich in der Debatte selbst als Betrüger bezeichnet hatte, dirigierte die Abstimmung. Doch auch hier erzielte sich die Minderheit als unwirksam.

Am großen Wiederholungsantrag der Opposition angenommen, der die Wahl einer Kampfleitung, die so-

fortige Vornahme der Urabstimmung über die Aufnahme des Kampfes und die Einleitung des Kampfes forderte.

Reformist Weber nahm sich äusserst fleißig aus, als er versuchte, das Abstimmungsergebnis zu verwischen. Die Kampfleitung erklärte, die Bildung der Kampfleitung nicht zuzulassen.

Poste Langer brachte darauf einen Antrag ein, der im ersten Teil Urabstimmung über Siebenstundentag, im zweiten Teil Kurzarbeit ohne Lohnausgleich forderte. Auch im ersten Teil hatte Langer den Lohnausgleich „vergeffen“. Die Straßenbahner bemerkten das, und Langer korrigierte hastig.

Daraufhin nahm die Belegschaft den ersten Teil des Antrages für Urabstimmung am den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich einstimmig an. Der zweite Teil wurde abgelehnt.

Es ist zwar der Bürokratie noch gelungen, die sofortige Bildung der Kampfleitung zu verhindern, aber die einmündige Abwehrstellung gegen jede Entlassung und die Beschlußfassung für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich kennzeichnet die Stimmung der Belegschaft.

Jetzt, Straßenbahner-Kollegen, gilt es, wachsam zu sein und zu handeln! Die Bürokratie mit ihrem Niebel, Weber, Bernack und Co. wird versuchen, die Belegschaft durch Verhandlungen mit der Direktion zu übertrumpfen. Deshalb nehmt sofort auf jedem Bahnhof, in jeder Wertstättung! Nützt die Urabstimmung durch!

**Stimmt gegen jede Entlassung, für den Kampf!**

Bedenkt, es geht darum, ob durch die Entlassung von zunächst 200 Kollegen die Bahn zur Entlassung weiterer Kollegen freigegeben werden soll oder nicht.

**Bildet einen einheitlichen Kampfblock! Schafft euch auf allen Dienststellen Kampfleitungen!**

**Erscheint Mittwoch den 20. August reiflos zur großen Betriebsversammlung im Reglerheim, Beginn 9 Uhr vormittags!**

Die Direktion muß auf Granit stehen! Sie ist machtlos gegen die einheitliche Kampffront der Belegschaft. An dieser Front werden auch alle Mänter der Bürokratie scheitern!

**Wahlhelfer der Liste 4! An die Arbeit!**

### Nur der Kommunismus ist Rettung

Freitag abend fand im Kaufhof eine von der Belegschaft der KPD einberufene Sitzung der Vertreter aller Massenorganisationen und der Betriebsräte statt. Genosse Kerner behandelte die gegenwärtigen Aufgaben im Kampf gegen Lohnraub und faschistische Diktatur, die Mobilisierung der Massen zum außerparlamentarischen Kampf und für die Reichstagswahl, den Sieg der Liste 4. Es wurde beschlossen, ein vorbereitendes Wahlkomitee zu bilden. Folgende Entschlüsse, in der besonders auf die öffentliche Kundgebung des Wahlkomitees für die Liste 4 am nächsten Donnerstag im Reglerheim hingewiesen wird, fand einstimmige Annahme.

Verstärkung der Diktatur, brutaler Terror gegen die Massen der Arbeiter, das ist die Lösung der Kapitalisten. Die Notverordnungen der Brüning-Regierung treten in Kraft, den Arbeitenden werden neue Abzüge vom Lohn gemacht, den Erwerbslosen die Bettelunterstützungen beschritten, Pfändungen bei den ruinieren Kleinbürgern werden gesteigert werden. Mit äußerster Rücksichtslosigkeit betreiben die Kapitalisten den Lohnabbau. Ständig werden mehr Arbeiter entlassen. Wochenlang herrscht in der Metallindustrie ein tarifloses Zustand. In der Metall- und Textilindustrie greifen die Unternehmer einen Betrieb nach dem anderen an, um die Löhne herabzudrücken, die Ausbeutung zu steigern.

Weniger Lohn, mehr Arbeit, verkehrte Lebensmittelpreise, höhere Mieten, verschärfter Terror, das sind die Kennzeichen der gegenwärtigen Lage.

Nach dem neuesten Steuerraub rüstet die Reaktion zum Anschlag auf das Wahlrecht. Mit bisher noch nicht dagewesener Brutalität unterstützte die Polizei in Dresden die Kulturreaktion und vollführte den wüsten Terror gegen die Arbeiter, die aus der Kirche austreten wollten.

Die Nationalsozialisten mobilisieren mit der Unterstützung der Kapitalisten alle Kräfte zu weiteren Vorstößen. Schon bereitet das Zentrum die Stimmung vor, um den nächsten Reichstag wieder aufzulösen, wenn dieser nicht die Interessen des Großkapitals vertritt. Die Volkspartei vertritt offen dieselben Tendenzen, die Demokraten verbünden sich mit dem faschistischen Jungdeutschen Orden. Das Reichsbanner erklärt seine Sympathie mit der Staatspartei. Die Deutschnationalen unter Degenbergs Führung gehen mit den Nazis.

Je mehr die Zerfallserscheinungen des Kapitalismus zutage treten, je schärfer und tiefer die Krise wird, um so offener vorreitet das Finanzkapital die offene Diktatur des Faschismus vor.

Die Sozialdemokratische Partei, die in der Koalition diese Entwicklung einleitete, unterstützt den Vormarsch des Faschismus, indem sie jeden wirklichen Kampf gegen denselben verhindert und eine wüste Heke gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats, gegen die KPD, durchführt.

In Sachsen unterstützt die SPD den Steuerraub der Notverordnungen, indem sie in den meisten Gemeindeparlamenten die kommunistischen Anträge gegen die Notverordnungen ablehnt. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wedel lehnt die Einberufung des Landtages zur Stellungnahme gegen die Notverordnung ab.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer verhindern den Kampf gegen den Lohnraub und eine Erhöhung der Löhne.

**Von den Nationalsozialisten bis zu den sozialdemokratischen Führern steht eine Front gegen die Arbeiterklasse.**

Massennot und Massenelend nehmen immer breitere Formen an. Die Erwerbslosigkeit wächst ständig. Die Krise des internationalen Kapitalismus tritt in Deutschland besonders stark hervor.

Nur in einem Lande geht es aufwärts, im Lande des sozialistischen Aufbaus, in Sowjetrußland. Während in allen kapitalistischen Ländern die Arbeitslosigkeit zunimmt, werden in Sowjetrußland immer neue Arbeitskräfte in den Produktionsprojekte eingestellt.

Während in allen kapitalistischen Ländern immer mehr Betriebe schließen, werden in Sowjetrußland immer neue Betriebe eröffnet, alte erweitert. Während die Agrarkrise in den kapitalistischen Ländern die kleinen und mittleren Bauern ruiniert, hebt sich in der Sowjetunion die Lebenslage der Bauern in der Kollektivierung, in der Umwandlung der Landarbeiter durchgeführt.

Während die deutschen Arbeiter in Massen unter dem Druck der in- und ausländischen Kapitalisten, unter den Lasten des

## Zuchthausurteil der Young-Justiz

Terrorurteil gegen Chemnitzer Arbeiter — Hillers Mordbanden straffrei

Chemnitz, den 18. August.

Das Chemnitzer Schöffengericht fällte am Sonnabend gegen eine Reihe von Chemnitzer Arbeitern ein ungeheuerliches Klassenurteil. Am 16. März d. J. waren die Faschisten in Chemnitz anmarschiert. Ihr Aufmarsch war auf eine blutige Provokation im Arbeiterviertel von Chemnitz angelegt. Die Arbeiter legten sich zur Wehr und schlugen die Provokateure zurück. Wegen „schweren Landstreichens“ fällte jetzt das Gericht ein Urteil, das einen Arbeiter mit 1 Jahr 3 Monaten, einen zweiten Arbeiter mit 1 Jahr Zuchthaus und eine Reihe weiterer Arbeiter mit Gefängnisstrafen bis zu 9 Monaten belegte.

Das Chemnitzer Urteil ist ein Beweis für das enge Bündnis zwischen der Justiz der Youngrepublik und den faschistischen Arbeitermördern. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht

ist ein Warnsignal für die Arbeiter. Es ist der dringende Appell an die Solidarität der proletarischen Klasse, für die Opfer des revolutionären Klassenkampfes einzutreten. Es ist die Aufforderung zur Sammlung aller Arbeitenden, unter der Führung der kommunistischen Partei den faschistischen Diktaturkurs zu brechen.

### Der Militärdiktator von 1923 für Zusammenarbeit mit der SPD

Magdeburg, 18. August. (Ein Drohmedd.)

Hier sprach der Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst Seeck, der Spitzenkommandant der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt, vor Vertretern der Volkspartei in der Presse. Bezeichnend waren seine Ausführungen hinsichtlich des Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie. Er sagte u. a.:

„Es ist unzulässig und auf die Dauer unmöglich, sich gegen die Interessen der Arbeiter zu richten. Die Arbeiter und Angehörten, Millionen anderer Mitbürger, verlangen mit Recht auch ihre Vertretung. Die Arbeiterklasse hat das Recht der Mitherrschaft am Staat. Das ist meine Stellungnahme zur Sozialdemokratie.“

Die Bourgeoisie gebraucht sowohl die nationalfaschistischen Terrorbanden wie auch die sozialfaschistischen Volksgenossen zur Sicherung ihrer wankenden Herrschaft. Herr von Seeck insbesondere kennt die wertvolle Verwendung der letzteren aus eigener Erfahrung. Seine Generalität wurde im Jahre 1923 von dem Sozialdemokraten Ebert mit den Vollmachten des Artikels 48 ausgestattet und gegen das proletarische Sachsen gesandt. Was Ebert damals tat, wird morgen Seseck tun.

Die Unterwerfung Seecks unter den Junkerpartei zur Volkspartei. Kann ein Arbeiter in Sachsen, der im Jahre 1923 die „Kultur“ durch den Reichswahlkampf leitete, nach der Sozialdemokratischen Partei angehören, mit der der Herr Seeck morgen heret sein wird, abnormale die Koalition des Kapitalismuslandes und des organisierten Arbeitermordes zu schließen?

### Glänzende Wahlhilfe für Liste 4

Der Heftenblock 2 des Verwaltungsbezirks 1 sammelte gestern insgesamt

61,50 Mark.

Genossen Sindermann und Genosse Querner sammelten gemeinsam 12,12 Mark in zwei Stunden.

An Briefkästen und Zeitungen wurden insgesamt für 6 Mark verkauft.

Kommunistische, sozialdemokratische oder parteilose Arbeiter niederzuschlagen würden. Wenn die Polizei einen faschistischen „Lager“ ermitteln“ muß, wird das prozedurale Nachspiel zu einer Kammer. Straffreiheit gibt es für jene Banden, die nicht nur davor zurückweichen, ihre eigenen ehemaligen Führer — wie Ströher und Buchruder — mit weißem Pfeffer, mit Dolchen und Schlagringen zu bearbeiten.

Aus dem Chemnitzer Urteil erhebt aber auch die Hilfeleistung der SPD für den Justizterror der Youngrepublik gegen die antifaschistischen Arbeiter. Die Polizeigruppen sozialdemokratischer Polizeipräsidenten, die besondere Verordnung der Regierung über die Einführung der Schnelljustiz, haben die kampfenden Arbeiter ans Messer. fällt die Justizhüter und unterstützen den faschistischen Kurs der deutschen Bourgeoisie, die besten Vorkämpfer der proletarischen Revolution zu vernichten, den stürmischen Vormarsch des Kommunismus mit allen Mitteln der nackten Gewalt aufzuhalten. Das Chemnitzer Urteil